

Gasag erhöht die Preise in Berlin um elf Prozent

- Rund zehn Euro Mehrkosten pro Monat
- Erste Sammelklage gegen höhere Tarife

Berlin – Die Gasag, Deutschlands größter kommunaler Gasversorger, erhöht seine Preise zum 1. Oktober im Schnitt um elf Prozent. Der Durchschnittskunde mit einem jährlichen Verbrauch von 20 000 Kilowattstunden (kWh) muß damit etwa zehn Euro im Monat mehr bezahlen, sagte Gasag-Vorstand Andreas Prohl. Die neuen Preise gelten zunächst bis Jahresende. Ob sie danach weiter steigen, hängt vom Ölpreis ab. Die Gaspreise folgen mit einer Verzögerung von einem halben Jahr der Ölpreisentwicklung.

Die Kilowattstunde verteuert sich nach Unternehmensangaben für alle Tarife um 0,50 Cent und kostet jetzt durchschnittlich 4,62 Euro. Prohl nennt die Preiserhöhung in Berlin moderat und verweist auf eine Untersuchung der Stiftung Warentest, die die Berliner Preise am unteren Ende der bundesdeutschen Skala sieht.

Die Verbraucherzentrale Berlin sprach hingegen von einem „Alptraum“. Sie empfahl, gegen die Erhöhung Widerspruch einzulegen und den höheren Tarif nur unter Vorbehalt zu zahlen. Die Gasag hatte die Preise in Berlin zuletzt im vergangenen Dezem-

ber um sechs bis acht Prozent heraufgesetzt. Das Unternehmen beliefert in der Hauptstadt knapp 700 000 Kunden.

In Hamburg erreichten am Donnerstag mehrere Gaskunden bei der bundesweit ersten Sammelklage gegen einen Gasversorger einen ersten Teilerfolg. Das Hamburger Landgericht habe den beklagten Versorger E.on Hanse verpflichtet, seine Preiskalkulation offenzulegen, sagte ein Sprecher der Verbraucherzentrale Hamburg. Das Unternehmen hat dazu bis Ende Oktober Zeit.

Mit ihrer von der Verbraucherzentrale unterstützten Klage wollen die 52 Kunden erreichen, daß sie die Preiserhöhungen von E.on Hanse nicht zahlen müssen. Das Unternehmen hat die Preise nach Angaben der Verbraucherschützer in drei Schritten seit Oktober um insgesamt 25 Prozent erhöht. Auch E.on begründet die Anhebungen mit der Bindung des Gaspreises an den Ölpreis.

Der Verband der großen Berliner Wohnungsbaugesellschaften will nun ebenfalls eine Sammelklage nach dem Hamburger Vorbild diskutieren. S. 11

Protest gegen höhere Gaspreise

Verbraucherschützer wollen gegen Anhebung der Tarife klagen

VON FLORENTINE ANDERS

Die Anhebung der Gaspreise hat in Berlin vielfache Empörung ausgelöst. Wohnungsbaugesellschaften und Verbraucherschützer wollen eine Sammelklage gegen die Erhöhung prüfen. Die Gasag hatte gestern angekündigt, zum 1. Oktober die Preise um 10,9 Prozent für die Durchschnittshaushalte anzuheben. Davon betroffen sind 700 000 Berliner Kunden. Die Kilowattstunde wird demnach für alle Tarife um 0,50 Cent teurer. Hinzu kommen 16 Prozent Mehrwertsteuer, so daß der Preis um 0,58 Cent steigt. Doch damit nicht genug: Vorstand Andreas Prohl schloß am Donnerstag eine weitere Preisrunde Anfang 2006 nicht aus.

„Wird die Entwicklung nicht gestoppt, dann werden die Nebenkosten tatsächlich zu einer zweiten Miete“, warnt der Hauptgeschäftsführer des Berliner Mietervereins, Rainer Wild. Die neue Erhöhung schlage bei Mietern mit einer gasbeheizten Wohnung mit rund 0,10 Euro pro Quadratmeter zu Buche. Seit 2003 seien damit die Gaspreise bezogen auf den Quadratmeter um 24 Prozent gestiegen. Stark betroffen seien auch die Arbeitslosen-

geld-II-Empfänger, da die Tarifsteigerung nicht durch zusätzliche Leistungen kompensiert würde. Die Mietobergrenzen müßten den gestiegenen Heizkosten angeglichen werden, so Wild. Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS) fordert, daß der Bund die Regelsätze für ALG-II-Empfänger entsprechend der gestiegenen Energiepreise anhebt.

Auch der Verband der Wohnungsunternehmen in Berlin und Brandenburg (BBU) kritisiert die Erhöhung der Gaspreise. „Die Gasag nutzt ihre Monopolstellung als einziger Gasversorger in Berlin aus“, sagt Siegfried Rehberg vom BBU. Der Verband der großen Wohnungsbaugesellschaften will die Anhebung auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen und auch eine Sammelklage nach dem Hamburger Vorbild diskutieren. In der Hansestadt hat das Landgericht gestern den beklagten Gasversorger E.ON Hanse in einer Vorentscheidung verpflichtet, seine Preiskalkulation offenzulegen.

Als einen „Albtraum“ bezeichnet der Verbraucherzentrale in Berlin die Erhöhung. Ermutigt durch die Hamburger Entscheidung wollen auch die Verbraucherschützer die Erfolgsaus-

sichten einer Sammelklage prüfen. Schon jetzt fordern sie die Verbraucher, die sich an einer solchen Klage beteiligen würden, auf, ihre Unterlagen einzusenden. „Bis Ende September wollen wir entscheiden, ob wir die Klage einreichen“, sagt Bernd Ruschitzik. Allen anderen empfiehlt die Verbraucherzentrale, schriftlich gegen die Erhöhung Widerspruch einzulegen und die Erhöhung nur unter Vorbehalt zu zahlen. Darüber hinaus wird den Berlinern zum konsequenten Energiesparen geraten. Auch die Gasag empfiehlt ihren Kunden, mit moderner Technik oder niedrigeren Raumtemperaturen die Kosten zu senken. Zudem verweist sie auf den Fixtarif: Dieser garantiert für ein ganzes Jahr stabile Preise, wenn der Verbraucher ein Zehntel Cent mehr als den Normalpreis je kWh zahlt.

Die Berliner Kunden können zur genauen Abrechnung ihren Zählerstand zum 30. September der Gasag schriftlich, per Internet (www.service.gasag.de) oder per Telefon (0180 1427 242) mitteilen.

Zuletzt hatte die Gasag ihre Tarife im Dezember 2004 angehoben, im Schnitt um sechs bis acht Prozent.

Was Berliner zu den Tarifen sagen



Jura-Studentin Jennifer Posener aus Kreuzberg: Ich koche mit Gas. Wenn es juristisch eine Chance gibt, sollte man gegen die Preiserhöhung klagen.



Physiotherapeutin Christin Rock: Wir hatten erst kürzlich eine Nachzahlung von 400 Euro. Irgendwann muß doch auch einmal Schluß sein.

Fotos: Jap



Küchenchef Ahmad Schahabuddin von Kuchen Kaiser in Kreuzberg: Das kostet mich rund 300 Euro mehr. Ich kann das nicht auf die Preise umlegen.



Lektor Johann Maria Just: Das Geld streichen die Konzerne ein. Spätestens in 14 Tagen wird die Bewag nachziehen und den Strompreis erhöhen.

Proteststurm gegen Gaspreise

*Berliner müssen ab Oktober bis zu zwölf Prozent mehr zahlen
Erfolg für Kunden in Hamburg: Energieriese soll Bücher offen legen*

VON KATHARINA GRAVE
UND THORSTEN KNUF

BERLIN, 15. September. Bei der bundesweit ersten Sammelklage gegen Gaspreiserhöhungen haben die Verbraucher am Donnerstag einen Erfolg erreicht. Das Hamburger Landgericht will den Versorger Eon Hanse verpflichten, seine Preiskalkulation offen zu legen. Auch die Berliner Haushalte müssen sich erneut auf steigende Energiekosten einstellen: Die Gasag wird im Oktober ihre Preise um bis zu zwölf Prozent erhöhen. Ein Haushalt mit einem Verbrauch von 20 000 Kilowattstunden im Jahr wird pro Monat rund zehn Euro mehr bezahlen müssen. Die Berliner Verbraucherzentrale prüft, ob sie eine Klage einreichen will. Sie empfahl, Widerspruch einzulegen und den neuen Tarif nur unter Vorbehalt zu zahlen. Die Verbraucherzentralen in Sachsen sammeln ebenfalls Klagen.

Die Gasag, der größte kommunale Gasversorger in Deutschland, begründete die Erhöhung mit dem Anstieg des Ölpreises, an den der Gaspreis gekoppelt ist. Betroffen

sind 700 000 Berliner Kunden. In allen Tarifen verteuert sich die Kilowattstunde um 0,5 Cent. Zuzüglich Mehrwertsteuer sind es 0,58 Cent. Es ist bereits die zweite Preiserhöhung innerhalb eines Jahres. Zuletzt hatte die Gasag ihre Tarife im Dezember. Der Gasag-Vorstand schloss eine weitere Erhöhung Anfang 2006 nicht aus.

**„Kein Gericht kann vor
den weltweit steigenden
Energiepreisen schützen.“**

**Ein Sprecher des Verbandes der
Gas- und Wasserwirtschaft**

In dem Hamburger Verfahren soll Eon Hanse nun nachweisen, dass die drei Preiserhöhungen seit Oktober 2004 um insgesamt 25 Prozent gerechtfertigt waren. Gegen die aus ihrer Sicht überhöhten Preise hatten 52 Verbraucher geklagt. Das Landgericht betonte in seiner Einschätzung, dass die Kunden ein Anrecht darauf hätten, zu erfahren, wie der Preis zu Stande kommt. Es reiche nicht, auf den steigenden

Ölpreis zu verweisen. Der Branchenverband BGW betonte hingegen, dass eine Offenlegung der Preiskalkulation einen Wettbewerbsnachteil für das jeweilige Gasunternehmen bedeuten würde. Die Anhebungen seien gerechtfertigt, sagte ein Sprecher. „Kein Gericht kann vor den weltweit steigenden Energiepreisen schützen.“

Das Landgericht will bis zum 8. Dezember sein Urteil fällen. Es wird aber damit gerechnet, dass so bald keine endgültige Entscheidung fallen wird. Beide Seiten wollen durch alle Instanzen gehen. Verbraucherschützer messen dem Verfahren Pilotcharakter für rund 17 Millionen Gaskunden in Deutschland bei. Die Chefin des Verbraucherzentrale Bundesverbands, Edda Müller, sprach von einem weiteren Erfolg auf dem Weg zu mehr Wettbewerb im Gasmarkt. Der Bund der Energieverbraucher zeigte sich überzeugt, dass die Rechte der Kunden gestärkt werden. Nach Verbandsangaben weigern sich derzeit rund 500 000 Verbraucher, Gasrechnungen zu zahlen.

Gas wird schon wieder teurer

In Berlin steigen die Preise um zehn Prozent / Gericht in Hamburg: Versorger muss Kosten begründen

VON HEIKE JAHBERG
UND ANSELM WALDENHANN

BERLIN - Im Streit um zu hohe Gaspreise haben die Verbraucher einen wichtigen Etappensieger erzielt. So soll der Versorger Eon Hanse seine Preiskalkulation offenlegen. Dies gab das Landgericht Hamburg dem Unternehmen im bundesweit ersten Sammelverfahren gegen Preiserhöhungen auf. Weigert sich Eon Hanse, dürfte das Gericht die Preiserhöhungen für unbillig und damit für unwirksam erklären. Der einfache Hinweis auf die steigenden Ölpreise reiche nicht, erklärte das Gericht beim Verhandlungstermin.

Seit Oktober 2004 hatte Eon Hanse seine Gaspreise um 25 Prozent erhöht. Dagegen haben 52 Gaskunden, die von Verbraucherschützern unterstützt wurden, geklagt. Ähnliche Sammelklagen sind

auch in Bremen bereits anhängig. In Brandenburg bereitet die Verbraucherzentrale ein solches Sammelverfahren vor, verhandelt wird hier wohl im Dezember.

Verbraucherministerin Renate Künast (Grüne) begrüßte den Beschluss des Hamburger Gerichts. „Damit wird klar, ob die vergangenen Preiserhöhungen tatsächlich gerechtfertigt waren“, sagte sie.

Derweil sind die hohen Energiepreise auch bei den Berliner Gaskunden angekommen. Der größte deutsche Regionalversorger Gasag kündigte an, seine Tarife zum 1. Oktober um durchschnittlich zehn Prozent anzuheben. Bei einem Durchschnittsverbrauch von 20 000 Kilowattstunden bedeutet dies für die Kunden Mehrkosten von 16 Euro im Jahr. Erst im Dezember 2004 waren die Preise um acht Prozent gestiegen. Als Begründung nannte das Unternehmen den hohen Öl-

preis, an den der Gaspreis gekoppelt ist. Auch weitere Preissteigerungen schloss die Gasag nicht aus: „Wenn es bei diesen Ölpreisen bleibt, werden wir Anfang kommenden Jahres noch mal ranmüssen“, sagte Vorstand Andreas Prohl.

Allerdings wächst der Widerstand gegen die Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis. „Wir haben die Ölpreisbindung fest im Auge“, sagte der Präsident des Bundeskartellamts, Ulf Böge, dem Tagesspiegel. „Die Bringschuld liegt bei den Stadtwerken, sie müssen für ihre Kunden mehr Transparenz schaffen.“

Ähnlich äußerte sich der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU). Die Ölpreisbindung habe keine Berechtigung mehr. „Wenn es einen eigenen Gasmarkt gibt, der im Wettbewerb steht gegen den Ölmarkt, denn senkt das die Preise“, sagte er dieser Zeitung.

Auch der für Energie zuständige EU-Kommissar Andris Piebalgs hat den deutschen Gaskonzernen vorgeworfen, den Wettbewerb zu Lasten der Verbraucher zu behindern. Die Bindung des Gaspreises an den Ölpreis sei „nicht mehr zeitgemäß“, sagte Piebalgs im „Kölner Stadt-Anzeiger“. Die vier Jahrzehnte alte Bindung diene nur den Profiten der Konzerne.

Kartellamtschef Böge zeigte indirekt sogar Verständnis für Kunden, die ihre Gasrechnung nicht voll bezahlen. „Die Kunden stehen Monopolunternehmen gegenüber und können sich keinen anderen Anbieter aussuchen“, sagte er. „Damuss man Verständnis dafür haben, dass sie Fragen stellen.“ Zu diesen Fragen gehöre, ob die jüngsten Steigerungen beim Gaspreis gerechtfertigt seien.

/2 Der Tagesspiegel 16.09.05

116 Euro mehr für Gas

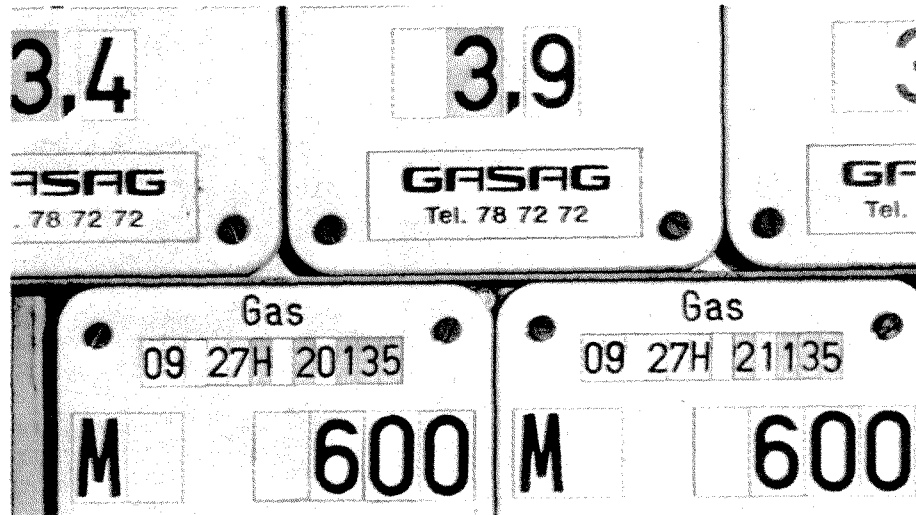
Berliner Gasag schließt weitere Preiserhöhungen in vier Monaten nicht aus / Verbraucherschützer raten zum Widerspruch

VON ANSELM WALDERMANN

BERLIN - Auch nach der Gaspreiserhöhung im kommenden Oktober müssen sich die Verbraucher in Berlin auf eine weitere Teuerung einstellen. „Wenn es bei diesen Ölpreisen bleibt, werden wir Anfang nächsten Jahres noch mal ranmüssen“, sagte der Vorstand des Berliner Versorgers Gasag, Andreas Prohl. Weltweit müssten sich die Verbraucher auf ein „steigendes Energiepreinsniveau einstellen“. Wie hoch ein weiterer Preisanstieg beim Gas ausfallen könnte, hänge aber von der Entwicklung des Ölpreises ab.

Wie die Gasag am Donnerstag bekannt gab, steigt ab Oktober der Arbeitspreis für Berliner Kunden in allen Tarifstufen um 0,5 Cent je Kilowattstunde (kWh). Inklusive Mehrwertsteuer ergibt sich sogar ein Anstieg um 0,58 Cent. Das bedeutet für einen durchschnittlichen Berliner Haushalt mit einem Verbrauch von 20000 kWh Mehrkosten von 116 Euro pro Jahr. Bewohner eines Einfamilienhauses mit einem Verbrauch von 30000 kWh kommen sogar auf eine zusätzliche Belastung von 174 Euro. Damit ist der Gaspreis auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Die Gasag begründet die Preissteigerung mit der Koppelung des Gaspreises an den Ölpreis. So sei der Importpreis für Gas an der deutschen Grenze seit Juni 2004 um mehr als 30 Prozent gestiegen. Allerdings weigert sich das Unternehmen, seine eigenen Bezugspreise offen



Fest an die Gasag gebunden. Verbraucher in Berlin können ihren Gasversorger nicht frei wählen: Außer der Gasag gibt es keinen anderen Anbieter. Die Plaketten des Unternehmens an Häusern und Verteilerstationen belegen dies eindrucksvoll.

zu legen. Die Gasag bezieht ihr Gas über langfristige Verträge unter anderem von den Lieferanten EWE und Gaz de France. Im deutschlandweiten Vergleich sei Gas in Berlin aber immer noch günstig.

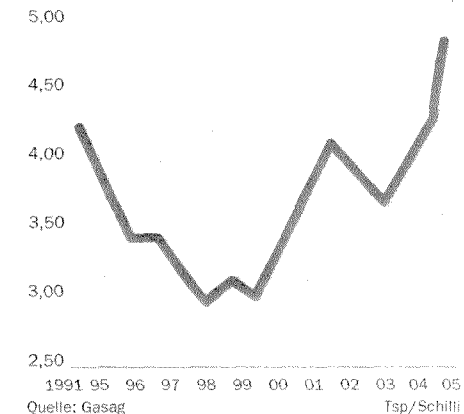
Seinen Kunden empfiehlt das Unternehmen nun vor allem, Energie zu sparen. „Eine Absenkung der Raumtemperatur um einen Grad Celsius reduziert zum Beispiel den Wärmebedarf um sechs Prozent“, erklärte Prohl. Mit dem Austausch alter Heizanlagen durch moderne Geräte könne die Heizkostenrechnung sogar um 30 Prozent gesenkt werden.

Verbraucherschützer kritisierten die Politik der Gasag und sprachen von einem „Preisschock“. „Das Kartellamt muss den Gaskonzernen die Ölpreisbindung abgewöhnen“, sagte ein Sprecher der Verbraucherzentrale Berlin. „Nur so können potenzielle neue Wettbewerber den Markt beleben.“

Die Verbraucherzentrale empfiehlt Gaskunden, der Preiserhöhung, die zum 1. Oktober in Kraft tritt, schriftlich per Einschreiben unter Hinweis auf die Unbilligkeit zu widersprechen. Außerdem solle man ankündigen, die Erhöhung nur

Die Gaspreise in Berlin

Angaben in Cent/kWh inklusive Grundpreis ohne Mehrwertsteuer



unter Vorbehalt zu zahlen. Zum Zahlungsboykott rufen die Berliner Verbraucherschützer, anders als in anderen Bundesländern, aber nicht auf.

Die für Kartellfragen zuständige Senatsverwaltung für Wirtschaft sieht keine Notwendigkeit für ein Eingreifen: „Das wäre für uns nur ein Thema, wenn es Indizien gäbe, dass die Gasag ihre Monopolstellung missbraucht“, sagte Sprecher Christoph Lang dem Tagesspiegel. Solche Hinweise lägen nicht vor. Die Preisentwicklung beim Gas werde aber routinemäßig einmal im Monat überwacht.

LEXIKON

Ölpreisbindung

In den 60er Jahren wurde Erdgas als Energieträger erst richtig entdeckt. Da aber wie beim Erdöl die größten Verbraucher oft nicht die größten Förderländer sind, musste für den Transport des Rohstoffs gesorgt werden. **Milliarden-schwere Investitionen** in Fördertechnik und Pipelines waren nötig – ohne dass sicher war, dass sich Erdgas tatsächlich durchsetzen würde. Um eine gewisse **Planungssicherheit** zu schaffen, wurde der Preis für Erdgas an den für Öl gebunden, zumal die wichtigsten Ölförderer auch die wichtigsten Gasanbieter waren – und sich nicht selbst Konkurrenz machen wollten. Die Bindung bewirkt, dass sich der Preis mit zeitlicher Verzögerung in etwa so bewegt wie der für Rohöl. Auch wenn sich **Erdgas mittlerweile klar am Markt etabliert** hat, gilt die Regelung heute oft immer noch. Die Versorgergesellschaften haben sie in den Verträgen mit den internationalen Lieferanten festgeschrieben, wobei die Vereinbarungen meist langfristig angelegt sind. Unklar ist, wie sich der Erdgaspreis nach einer Loslösung entwickeln würde. Der Rohstoff ist **wesentlich schwerer zu transportieren** und zu lagern als Öl. Das **beschränkt** die Zahl der Anbieter und damit auch die Konkurrenz.

hop

GASPREIS-SCHOCK

Jeder GASAG-Kunde in Berlin zahlt ab Oktober mindestens zehn Euro mehr im Monat

Von HILDBURG BRUNS
Die Gasag heizt den Berlinern ein! Schon ab nächsten Monat steigen die Preise um 4,9 bis 11,8 Prozent. Ein Durchschnittskunde (20 000 kWh im Jahr) zahlt künftig jeden Monat rund zehn Euro drauf!

► **Wie viele Berliner sind betroffen?** 746 000 Wohnungen werden mit Erdgas beheizt. Und rund 300 000 Kunden nutzen Gas fürs Kochen oder Warmwasser.

► **Wie steigen die Tarife?** Jeder um 0,5 Cent/kWh. Beim „Vario 2“-Tarif z.B. von 3,8 auf 4,3 Cent. Sollte sich noch die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 % erhöhen, macht das zusätzlich + 0,1 Cent – rund 20 Euro im Jahr.

► **Warum dieser Preis-**

sprung? Gasag-Vorstand Andreas Prohl: „Der Importpreis für Erdgas ist seit Juni 2004 um mehr als 30 Prozent gestiegen.“ Und: Die neuen Tarife gelten nur bis Januar – dann droht weiterer Anstieg.

► **Wie bekommt man eine ganz genaue Abrechnung?** Zählerstand zum 30. September der Gasag schriftlich, per Internet (www.service.gasag.de) oder ☎ 0180 1-427242 mitteilen.

► **Wie teuer ist Gas woanders?**

Die Stiftung Warentest ermittelte: Bei einem kleinen Haus (30 000 kWh) zahlt ein Hamburger 1416, ein Berliner 1420, ein Rostocker 1489 Euro.

► **Was raten Verbraucherschützer?** Erhöhung um mehr als 2 % nicht akzeptieren, Widerspruch einlegen, auf § 315 BGB berufen und nur unter Vorbehalt zahlen. Übrigens: Schon jetzt hat die Gasag 20 Mio Euro Außenstände – von Kunden, die nicht zahlen...



Fotos: CARO/WÄCHTER, DPA

DIE WELT 16.09.05

Etappensieg für klagende Gaskunden

Gericht: E.on Hanse muß Preiskalkulation offenlegen - In Berlin wird Gas 11,9 Prozent teurer

Hamburg/Berlin – Im bundesweit ersten Sammelverfahren gegen Gaspreiserhöhungen haben 52 klagende Kunden des Versorgers E.on Hanse vor dem Hamburger Landgericht einen Etappensieg errungen. Das Gericht erklärte in einer vorläufigen Einschätzung, daß E.on Hanse seine Gas-Bezugspreise sowie seine gesamte Preiskalkulation offenlegen muß. Der Versorger hatte seine Gaspreise seit Oktober 2004 dreimal um insgesamt 25 Prozent angehoben.

„Das Gericht hat sich unserer Einschätzung angeschlossen, daß E.on die Karten auf den

Tisch legen muß. Wir sind sehr zufrieden“, sagte Günter Hörmann von der Hamburger Verbraucherzentrale, die die Sammelklage unterstützt. Die Hamburger Sammelklage hat nach Ansicht der Verbraucherzentrale Pilotcharakter für die rund 17 Millionen Gaskunden in Deutschland, da fast alle Versorger die Preise seit Herbst 2004 um rund 25 Prozent erhöht hätten. Am Donnerstag zog auch der größte kommunale Gasversorger Europas, die Berliner Gasag, nach und kündigte eine Preiserhöhung zum 1. Oktober von bis zu 11,9 Prozent an.

Das Gericht in Hamburg betonte, daß der einfache Hinweis auf den Ölpreis zur Begründung für die Gaspreiserhöhungen nicht ausreiche. Da E.on Hanse eine Monopolstellung einnehme, hätten die Kunden ein Anrecht darauf zu erfahren, wie der Preis zu rechtfertigen sei.

Von den Preiserhöhungen sind rund 650 000 Kunden von E.on Hanse in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern betroffen. Die Verbraucherzentrale hatte sie aufgefordert, Widerspruch gegen die Erhöhungen einzulegen. Diesem Aufruf sind

laut Verbraucherzentrale bislang rund 20 000 Kunden gefolgt. E.on Hanse spricht hingegen von etwa 500 Kunden, die ihre Zahlungen reduziert haben.

Bundesverbraucherministerin Renate Künast (Grüne) begrüßte das Verfahren: „Auch bei Gaspreisen muß gelten, daß Verbraucher wissen, was drin ist.“ Das Ministerium werde ein Informationsprojekt zu Gas- und Strompreiserhöhungen fördern, um Verbraucher besser in die Lage zu versetzen, von ihren Rechten Gebrauch zu machen, sagte die Ministerin. Eine Ent-

scheidung in dem Hamburger Verfahren ist für den 8. Dezember vorgesehen. E.on Hanse kündigte an, bei einer Niederlage in Berufung zu gehen, und auch die Verbraucherzentrale will notfalls durch alle Instanzen klagen.

Ein Preisanstieg um rund elf Prozent wie in Hamburg oder Berlin bedeutet eine Mehrbelastung von jährlich etwa 120 Euro pro Haushalt. Gerade Verbraucher mit niedrigen Einkommen, die häufig in schlechter isolierten Wohnungen leben, leiden besonders unter den hohen Heizkosten. *AP/dgw*

Gasag lässt Berliner zittern

Der Gasversorger mit Monopolstellung erhöht die Preise zum zweiten Mal in zehn Monaten. Der Aufschlag von bis zu 11,8 Prozent trifft 700.000 Kunden. Verbraucherschützer prüfen Sammelklage

VON ULRICH SCHULTE

Glücklich der, der ein Monopol besitzt: Die Gasag erhöht zum zweiten Mal innerhalb von zehn Monaten ihre Preise, und das nicht zu knapp. Die rund 700.000 BerlinerInnen, die mit Erdgas heizen oder kochen, müssen ab dem 1. Oktober bis zu 11,8 Prozent mehr bezahlen. Gasag-Vorstand Andreas Prohl begründete den Aufschlag mit den steigenden Ölpreisen, an die die Gaspreise gekoppelt sind.

Während Besitzer einer Gas-Tagenheizung vielleicht künftig eher mal abschalten, könnte es auch für den einzigen Berliner Gasversorger bald ungemütlich werden: Die Verbraucherschutzzentrale prüfe eine Sammelklage, um die Erhöhung zu stoppen, sagte Jurist Bernd Ruschitzki gestern der taz. „Die Preispolitik der Gasag ist aberwitzig. Im europäischen Vergleich liegen die deutschen Preise mit am höchsten.“ Bange könnte den Gasag-Managern angesichts einer Einschätzung des Hamburger Landgerichts werden, die just gestern öffentlich wurde. Die Richter folgen der Argumentation von 54 Kunden gegen den Versorger Gasag. Der Konzern, der sei-



Bei diesen Preisen für Gas wird's einem wirklich frostig zu Mute FOTO: CLAUDIA HECHTENBERG/CARO

kündigen, nur unter Vorbehalt zu bezahlen – ein wohl folgenloser Protest.

Pünktlich zur kalten Jahreszeit wird sich die Preissteigerung empfindlich in der Haushaltskasse auswirken (Beispiele siehe Kasten). Die Kilowattstunde wird

TEURE GASPRISE

Für manche Kunden summieren sich die **Preiserhöhungen** im vergangenen Jahr auf fast 20 Prozent. Denn bereits zum 1. Dezember 2004 verlangte die Gas-

sorger kräftiger zu: In Frankfurt am Main bräuchte die Familie 1.499 Euro, in München 1.504 und in Köln gar 1.528 Euro. „Im Bundesvergleich brauchen wir uns mit unseren Preisen nicht zu verstecken“, sagt Prohl. Die Tatsache, dass der Durchschnitts-

Gaspreis bei HSW steigt um 12 Prozent Bereits dritte Erhöhung in zwölf Monaten

Werder - Auch die Havelländische Stadtwerke GmbH (HSW) erhöht zum 1. Oktober ihre Erdgaspreise. Der Arbeitspreis für Haushalts- und Kleingewerbekunden wird um 0,55 Cent plus Mehrwertsteuer pro Kilowattstunde angehoben, sagte HSW-Geschäftsführerin Monika Weihrauch gegenüber den PNN. Der Grundpreis bleibe unverändert. Das entspreche einer durchschnittlichen Erhöhung um 12 Prozent. „Bei einem Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 25000 Kilowattstunden steigen die Kosten um etwa 13 Euro pro Monat“, sagte Weihrauch.

Das Versorgungsgebiet der HSW erstreckt sich südlich von Potsdam zwischen Ketzin, Lehnin und Treuenbrietzen. Größter Gesellschafter ist mit knapp 40 Prozent die EMB. Die HSW bezieht ihr Gas von der Verbundnetz Gas AG, diese wiederum kauft Erdgas für die HSW von norwegischen und russischen Produzenten. Mit der Verbundnetz hat die HSW einen 20-Jahres-Vertrag bis 2010 abgeschlossen.

DER TAGESSPIEGEL
online

gedruckte
Ausgabe
vom
16.09.2005

Ressort:
Potsdam-
Mittelmark

Bereits im November und im Februar hatte die HSW die Preise um 6,2 und 4,7 Prozent erhöht. Laut Weihrauch gab es deshalb 300 Widersprüche von den insgesamt 15000 HSW-Kunden. Etwa 5000 Euro Außenstände würden daraus resultieren. Die meisten Kunden hätten unter Vorbehalt doch gezahlt. Weihrauch verteidigte die Preiserhöhungen: „Wir haben keine Alternative, wenn sich der Einkaufspreis innerhalb eines Jahres um 47 Prozent erhöht.“ Dass es für die Kunden viel bringt, die bisher geltende Preisbindung ans Erdöl zu streichen, bezweifelt sie allerdings. „Der Trend wäre der gleiche, wir haben einen Nachfragemarkt.“ 20-Jahres-Verträge mit Versorgern will die HSW dennoch nicht noch einmal schließen. „Das wird wohl auch nicht mehr zulässig sein.“

Weihrauch betonte, dass auch in diesem Jahr ein Festpreis angeboten werde. Hierfür stellt die HSW ab 1. November fünf Millionen Kilowattstunden zur Verfügung. Um den Kunden Möglichkeiten zur Kostensparung aufzuzeigen, bietet HSW am 24. September von 9 bis 13 Uhr auch eine Energiesparberatung an. Dort könnten sich Kunden zu allen diesbezüglichen Fragen, wie moderne Brennwerttechnik, Wärmedämmung, Energiepässe, Solartechnik etc. informieren. Als Berater stehen der Vorsitzende des Installateurausschusses der HSW und ein Energieberater der Zukunftsagentur Brandenburg zur Verfügung. Die Veranstaltung findet in den Räumen der HSW (Mielestraße 2, Werder) statt und ist kostenlos. hxx